

# Sudetendeutsche Post



Erscheinungsort Linz  
Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis S 3.—

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 15/16

Wien—Linz, 5. August 1976

22. Jahrgang

## Heimweh- tourismus

Von WOLFGANG SPERNER

### Glückwünsche nach Israel

Der Bund der Vertriebenen tagte in der BRD

Die Bundesversammlung des BdV in der Bundesrepublik hat am 4. Juli Dr. Herbert Czaja MdB nahezu einstimmig zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen wiedergewählt. Die bisherigen Vizepräsidenten Dr. Herbert Hupka MdB, Dr. Walter Becher MdB, Rudolf Wollner und Friedrich Walter wurden erneut in ihren Ämtern bestätigt. Neue Vizepräsidenten wurden der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Landgerichtspräsident Hans-Georg Bock, und der MdV-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Dr. Josef Domaby, die für den verstorbenen Staatssekretär a. D. Hellmut Gossing bzw. für Dr. Hans Edgar Jahn MdB, der nicht mehr kandidierte, nachrückten. Wie der wiedergewählte Präsident in seinem Lagebericht hervorhob, soll die Zusammenarbeit des Verbandes in Zukunft mit noch größerer Geschlossenheit weitergeführt werden. Namens der Bundesversammlung hatte Dr. Czaja in einem Telegramm an den israelischen Botschafter Meroz Israel zur glücklichen Befreiung der Geiseln in Uganda gratuliert. Desgleichen telegraphierte er an den amerikanischen Botschafter Hillenbrandt und übermittelte die Glückwünsche der Vertriebenen zum 200. Geburtstag der USA. In einer Entschließung hat die Bundesversammlung alle Staatsorgane aufgefordert, mit ihren Aussagen von der von Verfassung und Völkerrecht gebotenen Auslegung der Ostverträge auszugehen.

Aus dem Inhalt: Jugendkonfrontation mit dem Bundeskanzler (Seite 2), Berichte von den Treffen der Böhmerwälder, der Reichenberger und der Südmährer — Tribüne der Meinungen (Seite 3), Wissen Sie? (Seite 5), Südtirol-Bumser kamen aus der CSSR (Seite 6), Vor 50 Jahren: Mit dem Ruderboot durch Deutschland (Seite 6), Berichte aus den Landsmannschaften.

### Erklärung zum Prager Protest

Als erneuten Eingriff in die Freiheits- und Versammlungsrechte der Bürger der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete die Pressestelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft die Erklärung des tschechoslowakischen Außenministeriums, mit der dieses bei der deutschen Bundesregierung gegen die Abhaltung des Sudetendeutschen Tages 1976, der über Pfingsten in Stuttgart stattfand, protestiert. Statt vor der eigenen Tür zu kehren und dem tschechischen und slowakischen Volk die Freiheiten zu gewähren, auf die sie auch entsprechend den KSZE-Beschlüssen Anspruch hätten, diffamierte das Prager Regime die Sudetendeutschen, deren Stuttgarter Kundgebung nichts anderes als das natürliche Plebiszit einer vertriebenen Volksgruppe für ihr Recht auf Heimat und Selbstbestimmung gewesen sei. Auch die kommunistischen Regimes jenseits des Eisernen Vorhangs müßten sich daran gewöhnen, daß die deutschen Heimatvertriebenen das Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch nehmen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in den Gesetzen aller zivilisierten Staaten verankert ist.

Nicht alle Urlauber aus Österreich reisen an das Meer nach dem Süden oder in den kühleren Norden. Viele von ihnen, und vor allem viele Heimatvertriebene, folgen auch heuer wieder einer inneren Stimme der Sehnsucht und der Erinnerung und besuchen ihre einstigen Heimatländer. Wie einer Umfrage bei Reisebüros zu entnehmen ist, gehört der „Heimweh-Tourismus“ in Österreich zum „interessanten Geschäft“. Nicht nur zu Pfingsten und Ostern finden die arrangierten Reisen nach Prag oder Südböhmen Anklang, man mußte — so die Antwort eines bekannten Unternehmens — vermehrt auch Rundreisen durch Böhmen und Mähren und die Slowakei organisieren, hinzu kommen die beliebten Bäderreisen in altbekannte Kurorte von einst, wie Karlsbad, Marienbad, Franzensbad oder die slowakischen Heilbäder, die köstlicherweise vielfach — trotz sonst umfassender Vertschechisierung der Ortsnamen — ihren deutschen Namen auch in der Werbung der CSSR behalten haben. Geld ist halt ein ganz besonderer Saft!

Im Geiste einer Vertiefung des Friedens und eines Ausgleiches der Gefühle können solche „Heimwehreisen“ nur begrüßt werden. Es geht nicht darum, daß man dabei vorwerfen könnte, „wozu den Tschechen noch unsere Devisen verschaffen“, sondern mehr wegen bei solchen Fahrten doch die beiderseitigen Gewinne: Auf unserer Seite bleibt doch bei aller Härte im Wiederbegegnen mit den heute meist enttäuschenden Erinnerungen die Verwurzelung des Heimatgefühls, und auf der Seite der Bürger der CSSR kann es für uns und den wahren Geist der Zusammenarbeit nur dienlich sein, wenn man „drüben“ merkt, daß wir uns trotz der Beraubung aller Habe wieder einen guten Lebensstandard erarbeitet haben. Außerdem gibt der persönliche Kontakt mit den Menschen in der CSSR ein wahres Bild davon, wo man frei leben kann. Wir können glücklicherweise heute dahin reisen, wohin wir wollen — außer es gefällt dem Gastland nicht. Den Menschen drüben ist das leider nicht so leicht möglich.

Was wir aber hier besonders wertvoll finden, das wäre eine verstärkte Reise-treue der Jugend sudetendeutscher Heimatvertriebener nach „drüben“. Dieser „Anschauungsunterricht“ in die Heimat sollte doch besondere Wirkungen haben. Nicht nur, daß die sudetendeutsche Jugend damit eine reale Vorstellung von dem herrlichen Land bekommt, das einst unsere Heimat war, es ließe sich auch demonstrieren, wohin ein Land kommen kann, das „Bevölkerungspolitik“ durch Entvölkerung und Vertreibung macht.

Sicher, die tschechische Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten auch Beachtliches geleistet, es wurden auch bemerkenswerte Kulturtaten gesetzt durch Restaurierung verfallener Bauten. Das sind aber leider nur bewußt herausgeputzte Schaufenster-

## Druck aus Prag auf Wien

„Rude Pravo“ polemisiert gegen Sudetendeutschen Tag 1977

Die Nachricht, daß der Sudetendeutsche Tag 1977 voraussichtlich in Wien stattfinden wird, hat schon jetzt die tschechischen Stellen in höchste Erregung versetzt. Im KP-Organ „Rude Pravo“ hieß es jüngst, „noch schlimmer als ein Sudetendeutscher Tag in der Bundesrepublik sei ein Sudetendeutscher Tag in Österreich“. Wenn bisher „mit Genugtuung“ beobachtet worden sei, daß es zwischen der CSSR und Österreich zu einem Fortschritt bei der Normalisierung der gutnachbarlichen Beziehungen kam, so müsse jedoch „Besorgnis über Aktionen zum Ausdruck gebracht werden, die nicht nur zu dieser Entwicklung, sondern zu den lebenswichtigen Interessen beider Länder in scharfem Gegensatz stehen“. Für Prag sei das geplante Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Jahre

1977 in Österreich „der Gipfel der europäischen Friedensgefährdung“. Wenn dann im CSSR-Organ gedroht wird, daß dieser Sudetendeutsche Tag in Österreich die freundschaftlichen Beziehungen gefährde, so wird das in Österreich als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Österreich aufgefaßt. Im übrigen hat der Verlauf der bisherigen Sudetendeutschen Tage gezeigt, daß diese Manifestationen der unverbrüchlichen Heimmattreue zwar das schlechte Gewissen des Vertreterstaates erwecken, daß aber von Jahr zu Jahr die Sudetendeutschen mit ihrer steten Absage an Rache, aber der Forderung nach einem weltgültigen Recht auf Heimat, mehr für den Frieden in der Welt getan haben und weiter tun, als so manche andere Flüchtlinge in der Welt.

Das sudetendeutsche Problem nun offiziell vor den maßgeblichen Stellen der Welt

## Letztlich setzt sich durch, wer an sein Recht glaubt

Delegation der Sudetendeutschen überreichte Petition in Genf

Das sudetendeutsche Problem liegt nun offiziell bei den maßgeblichen Stellen der Welt vor, und es kann nicht mehr hinter eine Mauer des Schweigens gerückt werden. Über das Schicksal der Sudetendeutschen hinaus, soll die Initiative der Sudetendeutschen, die sich in der Petition an die UNO manifestiert, Basis für eine internationale Kodifizierung eines Volksgruppenrechtes sein.

Dies kam auch zum Ausdruck, als am 8. Juli eine Delegation der Sudetendeutschen in Genf dem Direktor der Kommission für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, Dr. Marc Schreiber, die Petition der Sudetendeutschen an die UNO übergab. Die Delegation bestand aus dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher, MdB, dem Bundesreferenten dieser Organisation für rechtliche Grundsatzzfragen, Dr. Fritz Wittmann, MdB, und dem Bundesvorsitzenden der Seliger-Gemeinde, Ministerialdirigent Adolf Hasenöhrl für den Sudetendeutschen Rat.

Dem Schreiben lag eine notarielle Urkunde bei, aus der hervorgeht, daß die Petition von insgesamt 234 658 Personen unterschrieben wurde. Dies war allerdings der Stand am Tage der notariellen Auszählung, dem 1. Juli 1976. Da seitdem noch laufend Nachzügler bei der Bundesgeschäftsstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft eintreffen, kann gesagt werden, daß rund eine Viertelmillion Menschen die Petition unterschrieben haben.

Zu den Unterzeichnern gehören die Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg, Dr. Alfons Goppel und Dr. Hans Filbinger, mit sämtlichen Mitgliedern ihrer Regierungen, fast alle Landeshauptleute der Bundesländer Öster-

reichs, der Landeshauptmann von Südtirol, Doktor Silvius Magnago, zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Landtage der deutschen Bundesländer, Abgeordnete des österreichischen Nationalrats und der österreichischen Landesparlamente wie auch Mitglieder der Südtiroler Landesregierung und des Landesparlamentes.

Die Petition, die am 2. Dezember 1975 bereits dem stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Bradford Morse, in New York überreicht worden war, appelliert auch an die in Genf residierende Kommission für Menschenrechte, den Vertriebenen und den in der Tschechoslowakei zurückgebliebenen Sudetendeutschen die Rechte zuteil werden zu lassen, die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ vom 10. Dezember 1948, in den Menschenrechtskonventionen vom 16. Dezember 1966 und in der Erschließung Nr. 3236 der Vollversammlung der Vereinten Nationen enthalten sind.

Vor dem Gespräch mit Dr. Schreiber hatte die Delegation eine Aussprache mit dem Direktor der Informationsabteilung bei den Vereinten Nationen, Charles E. Bourbonnière, einem Kanadier französischer Herkunft, der sich für das sudetendeutsche Problem besonders interessiert zeigte, weil es, wie er sagte, während der ersten Tschechoslowakei dem Problem der französischen Minderheiten in Kanada ähnlich war. Seiner Meinung nach war es richtig, die Petition bei den Vereinten Nationen in New York und in Genf einzubringen. Damit liege das sudetendeutsche Problem nun offiziell den Vereinten Nationen vor, die es früher oder später einmal behandeln müßten.

Es könnte sich eine Situation ergeben, in der

die rechtlichen Anliegen der Sudetendeutschen internationalen Gehör finden. „Lassen Sie sich nicht entmutigen, setzen Sie sich weiter für Ihr Recht ein, denn letzten Endes setzt sich der durch, der an sein Recht glaubt“, sagte Bourbonnière bei der Verabschiedung.



Das Bild der Heimat...

Das Gabelkirchlein im Altwatergebirge war einst den Wanderern eine beliebte Rast- und Andachtsstätte.

## Volksdeutsche diskriminiert

Eine drohende Diskriminierung der Volksdeutschen in Österreich sieht der FPÖ-Abgeordnete Broesigke in bestimmten Plänen des Bundeskanzleramtes. Broesigke beruft sich auf ein Rundschreiben des Verfassungsdienstes, das darauf abzielt, „Vorkehrungen zur Außerkraftsetzung“ aller jener Gesetzesstellen zu treffen, in denen die Volksdeutschen ausdrücklich mit Österreichern gleichgestellt wurden. Das Aufreizende dabei ist, daß dieser Akt der Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe, die wesentlich zum Wiederaufbau beigetragen hat, mit dem „Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung“ begründet wird.













